

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

01. – 07. März 2025

Emmanuel Macron hat in einer Fernsehansprache am Mittwoch, dem 5. März, an die „Seelenstärke“ der Franzosen angesichts der „russischen Bedrohung“ appelliert. In einer Fernsehansprache zur Ukraine und zur europäischen Verteidigung kündigte der Staatschef eine große Haushaltsanstrengung an und rief die Regierung, Gewerkschaften und Verbände auf, die „Lösungen von morgen“ zu finden. Macron ging auch auf die Debatte über den nuklearen Schutzschirm für die europäischen Länder ein. Er rechtfertigte seine Entscheidung, die strategische Debatte über den Schutz der Verbündeten Frankreichs auf dem europäischen Kontinent zu eröffnen, als Antwort auf den „historischen Appell“ des künftigen deutschen Bundeskanzlers Friedrich Merz. Wie diese Debatte aussehen soll, ist noch unklar. Was Macron aber gefade vor dem Hintergrund der Kritik des *Rassemblement National* noch einmal deutlich gemacht hat, ist, dass die Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen allein beim französischen Präsidenten liegt. In Bezug auf die NATO und die transatlantischen Beziehungen stellte Macron klar, dass Frankreich der NATO und der Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika treu bleibe, betonte aber, dass "die Zukunft Europas nicht in Washington und Moskau entschieden werden darf".

Der französische Verteidigungsminister Sébastien Lecornu hat angekündigt, dass Frankreich nach dem Einfrieren durch die USA weiterhin militärische Geheimdienstinformationen mit der Ukraine teilen wird. Lecornu betonte, dass der französische Geheimdienst souverän sei und über eigene Kompetenzen verfüge. Es habe "lange gedauert, bis wir in den letzten Jahren unsere Stärke zurückgewonnen haben", sagte er und versprach, diese Stärke der Ukraine zur Verfügung zu stellen. Laut Expertenkreisen beherrscht Paris das gesamte Spektrum der militärischen Aufklärung am oberen Ende des Spektrums, wenn auch nicht im gleichen Maße wie die Aufklärungsfähigkeiten der US-Armee. Damit kann Frankreich den Wegfall der amerikanischen Aufklärung nur teilweise kompensieren.

Die diplomatischen Spannungen zwischen Frankreich und Algerien steigen weiter. Insbesondere im Bereich der Migration gibt es große Differenzen. Paris hatte Algerien unter Androhung der „Infragestellung“ der bilateralen Migrationsabkommen ein Ultimatum gestellt, eine Liste von abgeschobenen Personen wieder aufzunehmen. Das algerische Außenministerium reagierte darauf mit der Behauptung, dass „Algerien keine Initiative für einen Bruch [mit Frankreich] ergriffen hat und es der französischen Seite überlässt, die volle und alleinige Verantwortung dafür zu übernehmen“. Die Ultimaten und Drohungen wurden von Algerien kategorisch zurückgewiesen. Der französische Premierminister antwortete, dass die Krise nicht von Frankreich ausgehe, sondern dass Algerien seinen Verpflichtungen nicht nachkomme. Zuvor hatte auch Innenminister Retailleau gefordert, das Migrationsabkommen von 1968 aufzukündigen. Darauf reagierte wiederum Emmanuel Macron deutlich und unterstrich, dass darüber nur der französische Präsident entscheide. Die Vorstellungen von Macron einerseits und Bayrou sowie Retailleau andererseits stehen in Bezug auf die Bewältigung dieser Krise im Widerspruch zueinander: Während der Präsident an seinem Willen festhält, die Spannungen zu entschärfen und zu einem „respektvollen Dialog mit Algerien“ aufruft, möchte die Regierung das „Kräfteverhältnis“ in den strittigen Dossiers zwischen beiden Ländern verschärfen.

Zwischen Juli und Oktober sollen 200 der 700 gefährlichsten Drogenhändler in den Hochsicherheitsgefängnissen von Vendin-le-Vieil (Nord-Pas-de-Calais) und Condé-sur-Sarthe (Orne) untergebracht werden, wie Justizminister Gérald Darmanin ankündigte. Ziel der Gefängnisumbauten ist es, die Sicherheit zu erhöhen und das Fluchtrisiko zu minimieren, insbesondere durch den verstärkten Einsatz von Videokonferenzen bei Gerichtsverhandlungen. Die Gefängnisse werden bis Ende März/Anfang April geräumt und innerhalb von vier Monaten umgebaut. Bei seiner Anhörung vor dem Rechtsausschuss der Nationalversammlung unterstrich der Justizminister die Notwendigkeit, diese Drogenhändler daran zu hindern, von ihren Zellen aus „zu drohen, zu bestechen, ihre Drogenhandelsnetze zu leiten, Auftragsmorde zu organisieren oder unter so tödlichen Bedingungen zu fliehen, wie es Herr Amra getan haben soll“. Die Debatte um Hochsicherheitsgefängnisse hat sich insbesondere seit der Flucht von Mohamed Amra verschärft. Der Drogenhändler, der im Hochsicherheitsgefängnis von Condé-sur-Sarthe inhaftiert ist, konnte vor knapp einem Jahr fliehen und wurde erst kürzlich nach langer Flucht in Rumänien festgenommen. Bei seiner Flucht kamen zwei Gefängniswärter ums Leben.

In Dunkerque (Hafenstadt an der südlichen Nordseeküste) wurden zehn Tonnen Kokain von den Zollbehörden sichergestellt. Diese Menge entspricht einem geschätzten Marktwert von über € 300 Millionen und stellt einen Rekordfund dar. Bislang gab es keine Festnahmen. Die Drogen wurden nach einer langen und gründlichen Untersuchung entdeckt. Laut Corinne Cléostrate von der Generaldirektion der Zollverwaltung war die Aufspürung dank spezieller Detektionsverfahren möglich. In Frankreich wurde die letzte Rekordbeschlagnahmung in Februar 2020 in Marseille durchgeführt, als 3,3 Tonnen Drogen in einem Container entdeckt wurden. Insgesamt wurden im Jahr 2024 in Frankreich 53,5 Tonnen Kokain sichergestellt. Die abgefangenen 10 Tonnen machen bereits ein Fünftel der gesamten Beschlagnahmungen des Vorjahres aus. Innenminister Bruno Retailleau sprach von einer „Überschwemmung“ mit Drogen, einem „weißen Tsunami“.

Die französische Nationalversammlung wird am Montag einen Gesetzesvorschlag prüfen, der die Eröffnung von Bistros in kleinen Gemeinden erleichtern soll. Ziel ist es, ländliche Gebiete zu beleben und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Der Abgeordnete Guillaume Kasbarian (*Renaissance*) betont, dass Bistros sowohl wirtschaftlich als auch sozial eine wichtige Rolle in ländlichen Regionen spielen. Sein Gesetzesentwurf sieht vor, eine seit 2019 bestehende Regelung zu verstetigen. Diese erlaubt es kleinen Gemeinden mit weniger als 3.500 Einwohnern, durch eine einfache Anmeldung in der Gemeindeverwaltung eine neue Lizenz IV für den Alkoholausschank zu erhalten, anstatt eine bestehende Lizenz aufkaufen zu müssen. Die derzeitige Gesetzgebung sieht vor, dass in Gemeinden mit nur einer bestehenden Lizenz IV (französische Ausschankgenehmigung) ein Transfer nur mit Zustimmung des Bürgermeisters möglich ist. In weniger als 80 Jahren ist die Zahl der Bistros und Cafés in Frankreich von 400.000 auf weniger als 40.000 im Jahr 2024 gesunken.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Jean-Louis Debré, enger Vertrauter von Jacques Chirac, ist im Alter von 80 Jahren verstorben. Seine politische Karriere erstreckte sich über mehrere Jahrzehnte und prägte die Institutionen der Fünften Republik.

Geboren 1944 als Sohn von Michel Debré, dem ersten Premierminister der Fünften Republik, etablierte er sich ab den 1980er Jahren in der gaullistischen Rechten und war über 20 Jahre lang Abgeordneter des Departements Eure (Normandie). Seinen größten politischen Einfluss hatte er unter Präsident Chirac, der ihn 1995 zum Innenminister ernannte. Er setzte sich für Sicherheitsreformen und eine strengere Einwanderungspolitik ein. Von 2002 bis 2007 war er Präsident der Nationalversammlung, wo er sich als Verteidiger der parlamentarischen Traditionen profilierte. Ab 2007 leitete Debré den Verfassungsrat. Nach seiner Pensionierung 2016 blieb er als Autor und Kommentator des politischen Lebens aktiv.

DIE ZAHL DER WOCHE

€ 133 Milliarden

3	7
0	8
5	2
7	4
8	3
9	1
2	6
0	4
1	5
6	2

Das Jahr 2024 war eines der schlechtesten Börsenjahre für den französischen Börsenindex CAC-40 (vergleichbar mit dem DAX). Die Gesamtgewinne der CAC-40-Unternehmen (ohne Pernod Ricard) belaufen sich 2024 auf € 133 Milliarden, € 20 Milliarden weniger als 2023. Nachdem der Index im Mai zunächst ein Rekordhoch von 8.239,99 Punkten erreicht hatte, fiel er bis Ende Dezember auf 7.380,74 Punkte zurück (-2,15 %). Gründe hierfür waren der Rückgang des im Index stark vertretenen Luxusgütersektors sowie die politische Krise nach der Auflösung der Nationalversammlung durch Präsident Emmanuel Macron am 9. Juni. Im internationalen Vergleich schnitt der CAC-40 deutlich schlechter ab als der DAX (+19 %), der Ibex-35 (+15 %), der MIB (+12,6 %) und der FTSE 100 (+5,4 %).